Stand: 16.12.2025 08:01:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9802

"Paris-Abkommen und Ergebnisse von Elmau umsetzen - Klimabilanz erstellen - Vorbildfunktion herausstellen mit dem Ziel einer klimaneutralen Verwaltung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9802 vom 28.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10619 des UV vom 15.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10964 vom 12.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 12.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.01.2016 **Drucksache 17/9802**

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Paris-Abkommen und Ergebnisse von Elmau umsetzen – Klimabilanz erstellen – Vorbildfunktion herausstellen mit dem Ziel einer klimaneutralen Verwaltung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Paris-Abkommen und die Ergebnisse der Konferenz von Elmau zur Minderung von klimaschädlichen Treibhausgasen umgehend in Bayern umzusetzen. Als Sofortmaßnahme wird eine Klimabilanz (Ökologischer Fußabdruck) innerhalb der Bayerischen Staatsverwaltung erstellt. Die Berechnung soll jährlich neu erfolgen, um den Fortschritt laufend zu kontrollieren und das Erreichen des Klimaschutzziels zu gewährleisten. Insbesondere sind der Energieverbrauch der Gebäude, der Kraftstoffverbrauch der Dienstfahrzeuge und die Dienstreisen mit Flugzeug, Bahn und Privatkraftfahrzeugen zu bilanzieren. Ziel ist eine klimaneutrale Landesverwaltung in Bayern.

Begründung:

Der Antrag ist eine aktualisierte Fortschreibung der Drucksache 16/9399 aus dem Jahr 2011 unter Würdigung der Ergebnisse der Pariser Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen und der Ergebnisse der Konferenz von Elmau vom Dezember 2015 bzw. Juni 2015! Das Ziel des Paris-Abkommens ist in Artikel 2 „Verbesserung der Umsetzung“ des UNFC wie folgt geregelt:

a) Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad über dem vorindustriellen Niveau, wenn möglich auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau. (In Elmau wurde das 2 Grad Temperaturziel verbindlich festgelegt). Dadurch sollen die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels deutlich reduziert werden.

b) Verzicht auf Öl, Kohle und Gas im Laufe des Jahrhunderts.

c) Die Stärkung der Fähigkeit, sich durch eine Förderung der Klimaresistenz und geringeren Treibhausgasemissionen an die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Dieses soll in einer Weise geschehen, die nicht die Nahrungsmittelproduktion bedroht.

d) Stärkung der Finanzströme, die zu einem Weg mit niedrigen Treibhausgasemissionen und klimaresistenter Entwicklung führen.

Der „Ökologische Fußabdruck“ beschreibt den Umfang und die Auswirkungen der Einflussnahme des Menschen auf die biotischen Ressourcen der Umwelt im regionalen und globalen Kontext. Die Staatsregierung muss ihren Bürgern zum Erreichen der Klimaschutzziele ein dauerhaftes Umdenken beim Energieverbrauch und das Überdenken des Lebensstils zumuten. Die endlichen Ressourcen unseres Planeten müssen zukünftig aus sozialen und ökonomischen Gründen mit allen Erdenbewohnern fair geteilt werden. Die Bayern leben derzeit, wie alle durchschnittlichen Bewohner in Industrieländern, mit einem ökologischen Defizit in Höhe von ca. 3 Hektar oder 65 Prozent Mehrverbrauch.

Das Landesamt für Umwelt führte hierzu in einer Broschüre mit ökologisch/didaktischen Schulkonzepten aus: „Dieser Indikator berührt Themen wie Bevölkerungsentwicklung, Globalisierung, Konsum und Nachhaltigkeit, Treibhauseffekt und Klimawandel, Flächennutzung des Menschen, Land- und Forstwirtschaft, Artenvielfalt, Tragfähigkeit, Versorgungssicherheit, Energie- und Ressourcenverbrauch, Ernährung und Mobilität.“

Um das Umdenken nicht nur zu predigen, sondern vorzuleben, ist es vorbildlich und wegweisend, wenn die Bayerische Staatsverwaltung in ihrem eigenen Wirkungskreis eine Klimabilanz aufstellt und die kontinuierliche Verringerung der Größe des „Ökologischen Fußabdrucks“ von Jahr zu Jahr öffentlich kommuniziert mit dem Ziel einer klimaneutralen Verwaltung. Dies setzen bereits einige Bundesländer wie zum Beispiel Hessen, Baden Württemberg, Berlin oder Baden Württemberg um.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache** 17/**10619**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**9802**

Paris-Abkommen und Ergebnisse von Elmau umsetzen – Klimabilanz erstellen – Vorbildfunktion herausstellen mit dem Ziel einer klimaneutralen Verwaltung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 18. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 15. März 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.04.2016 **Drucksache** 17/**10964**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**9802**, 17/**10619**

Paris-Abkommen und Ergebnisse von Elmau umsetzen – Klimabilanz erstellen – Vorbildfunktion herausstellen mit dem Ziel einer klimaneutralen Verwaltung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Hans Ritt
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Florian Streibl
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Sandro Kirchner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nachdem wir 15 Minuten warten müssen, rufe ich gleich den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Paris-Abkommen und Ergebnisse von Elmau umsetzen - Klimabilanz erstellen - Vorbildfunktion herausstellen mit dem Ziel einer klimaneutralen Verwaltung
(Drs. 17/9802)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass wir 24 Minuten für die Fraktionen vorgesehen haben. – Ich darf Herrn Dr. Fahn gleich wieder zum Rednerpult bitten.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Meine Damen und Herren, unser Antrag meint es ernst mit dem Klimaschutz. Vor allen Dingen meint er es ernst mit den Ergebnissen der Klimakonferenz von Paris und auch mit den Forderungen der Konferenz von Elmau. Hier heißt es ganz klar: Es soll eine Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 Grad erreicht werden, wenn möglich 1,5 Grad. Letztendlich geht es – das wurde Ende des Jahres auch vereinbart – um den Verzicht auf Öl, Kohle und Gas. Es geht darum, die endlichen Ressourcen unseres Planeten mit allen Erdbewohnern fair zu teilen.

Fakt ist – das kann man überall nachlesen, und das beweist auch der sogenannte ökologische Fußabdruck –, dass Bayern mit 65 % mehr Energieverbrauch über seine Verhältnisse lebt.Im Umweltausschuss wurde von den Vertretern der CSU – das fanden wir enttäuschend – eine reine Vergangenheitsbewältigung präsentiert. Es wurde auf die vielen Investitionen für den Klimaschutz – eine Milliarde seit dem Jahr 2008 –, auf Fortschritte bei der Energieeinsparung oder bei der Photovoltaik hingewiesen. Dann kam das Superargument, das immer wieder kommt, mit den sechs Tonnen CO_2-Verbrauch pro Bürger. Sie sagen, damit seien wir in Bayern spitze. Wir sind aber nur deshalb spitze, weil Bayern zu zwei Dritteln auf Kernenergie gesetzt hat. Diese Kernenergie wollen wir und wollen auch Sie nicht mehr. Deshalb gilt das Argument mit den

sechs Tonnen nicht. Der Wert wird auch insgesamt ansteigen, was wichtig zu betonen ist.

Wir sagen: Paris und Elmau geben vor, dass wir mehr tun müssen. Die Staatsregierung – ich bin gespannt, was von der CSU-Fraktion kommt – erklärt: Wir belassen es beim Ist-Zustand, wir machen schon sehr viel. Wir meinen aber, dass das verantwortungslos ist. Bei einer klimaneutralen Verwaltung geht es auch um den Papierverbrauch, es geht aber auch um Dienstreisen, um Kraftfahrzeuge und Dienstwagen. Nachdem das von der Deutschen Umwelthilfe dokumentiert worden ist, haben wir gesehen, dass Bayern im Vergleich aller Bundesländer an letzter Stelle steht, also den höchsten CO_2-Verbrauch pro Kilometer aufweist. Es muss ein Anreiz dafür sein, besser zu werden. Deswegen ist der Antrag wichtig und sinnvoll. Dass er wichtig und sinnvoll ist, zeigt sich auch daran, dass die Bundesregierung – auch die CSU ist Teil der Bundesregierung – beschlossen hat, einen Klimaschutzplan für ein klimaneutrales Deutschland 2050 zu entwickeln. Dieser Plan soll im Sommer 2016 vorgelegt werden. Die Bundesregierung, an der auch die CSU beteiligt ist, will also ein konkretes Konzept verabschieden.

Deswegen meinen wir, dass unser Antrag – Sie werden gleich darauf antworten – sogar ein Baustein im Sinne der Bundesregierung und auch im Sinne der CSU ist. Die CSU will das aber heute ablehnen. Das ist eine verkehrte Welt, und wir verstehen das überhaupt nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie werden auf die 170 Millionen Euro im Doppelhaushalt hinweisen. Das aber ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen mehr machen; denn es geht nicht nur um Reparatur, sondern konkret um Vorsorge. Auch das ist sehr wichtig. Wir müssen eine Schippe drauflegen. Sie haben gesagt, man müsse keine Schippe drauflegen. Doch, wir müssen eine Schippe drauflegen, um die Ergebnisse von Paris konkret umsetzen zu können. Wir müssen auch deshalb eine Schippe drauflegen, damit wir mit Hessen,

Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mithalten können. All diese Bundesländer haben beschlossen, eine klimaneutrale Verwaltung bis 2030 aufzubauen. Insofern sollten wir in Bayern mitmachen und mithalten. Auch wir sollten die Bürger einbeziehen, wie dies zum Beispiel in Rheinland-Pfalz mit einer Online-Plattform geschieht.

Insofern geht es um eine Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Wenn der Freistaat Bayern solche Maßnahmen durchführt, geht er mit gutem Beispiel voran. Ich war 30 Jahre Lehrer und habe das gemerkt. Wenn Lehrer in der Schule etwas erklären, nehmen das die Schüler eher an. Wenn der Freistaat Bayern mit gutem Beispiel vorangeht, dann werden auch die Bürger motiviert sein, im eigenen Umfeld CO_2 einzusparen. Darum geht es, und deswegen ist Ihre Argumentation falsch. Ich bin gespannt, ob Sie heute in gleicher Weise argumentieren werden. Herr Ritt, Sie haben gesagt, es bringe weltweit gar nichts, wenn man in Bayern noch eine Schippe drauflegt. Doch, das bringt etwas. Deutschland ist ein führendes Industrieland. Wenn Deutschland eine Schippe drauflegt, dann legen andere auch eine Schippe drauf. Deswegen hoffen wir, dass Sie sich das noch einmal überlegen.

Ich bin schon am Schluss und bekomme jetzt wahrscheinlich gleich eine Ermahnung, um aufzuhören. Gespannt bin ich auf eine Antwort auf eine Schriftliche Anfrage, in welcher ich wissen möchte: Bayern muss zu diesem Klimaschutzplan Vorschläge bis Ende März bringen. Was hat Bayern konkret vorgeschlagen? Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Ritt.

Hans Ritt (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Um das Umdenken nicht nur zu predigen, sondern vorzuleben, ist es vorbildlich und wegweisend, wenn die Bayerische Staatsregierung in ihrem eigenen Wirkungskreis eine Klimabilanz

aufstellt. So begründen die FREIEN WÄHLER ihren Antrag. Im mitberatenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten äußerte Dr. Fahn, dass die FREIEN WÄHLER großen Wert auf die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand legten, deren Fahrzeugflotte künftig CO_2-neutral genutzt werden sollte. Er hat das auch gerade in seinen Ausführungen wiederholt.

Ich sage Ihnen: Der Freistaat Bayern ist auf diesem Feld mustergültig. Ich war gestern in Straubing. Dort wird das neue Beratungs- und Informationszentrum gebaut. Wie ist das Gebäude ausgeführt? – Es ist im Passivhausstandard ausgeführt. Zum Teil wird die aktuelle Energieeinsparverordnung um 30 bis 50 % unterschritten. In Bayern werden alle neu errichteten Gebäude im Passivhausstandard gebaut. Sie werden natürlich auch in Holzbauweise ausgeführt.

Ich frage an dieser Stelle: Wer von den Kollegen der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN oder der SPD, die dem Antrag jeweils zugestimmt haben, nutzt ein CO_2-neutrales Auto? Wer fährt von Ihnen CO_2-neutral? Es wird immer die Forderung erhoben, dass der Staat oder andere etwas tun müssten. Ich sage: Ich muss selbst vorher mit gutem Beispiel vorangehen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Du hast einen Haufen Geld!)

Die Betroffenen mögen sich jetzt kurz melden und zeigen, wie sie mit der persönlich abverlangten Bereitschaft im eigenen privaten Bereich umgehen und Ihre Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Ich selbst fahre seit 2007 ein CO_2-neutrales Auto. Zwischenzeitlich habe ich ein zweites Auto, wobei es sich um ein Biogas-Auto in Form eines klassischen Erdgas-Autos handelt. Ich tanke mit Biogas und fahre CO_2-neutral. Ein Elektro-Auto habe ich seit 2011 in meinem Fuhrpark. Dass ich Strom mit einer Photovoltaikanlage eigenerzeuge, ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch, dass ich CO_2-neutral mit Pellets heize. Selbstverständlich ist auch, dass ich die Brauchwasseraufbereitung seit 1990 mit einer Brauchwassersolaranlage betreibe.

Auch beruflich gebe ich tagtäglich mein Bestes, um unsere Umwelt und unser Klima zu schützen, Emissionen zu reduzieren und zu kompensieren.

Genau wie ich in meinem persönlichen Umfeld ist sich auch die Bayerische Staatsregierung ihrer Verantwortung gegenüber unseren kommenden Generationen durchaus bewusst und handelt dementsprechend. Aufgrund der Vielzahl der dahin gehenden Maßnahmen und Bemühungen – Stichwort Klimaschutzprogramm 2050 – entfällt der Sinn und die Begründung des vorliegenden Antrags. Selbst Kollege Harry Scheuenstuhl äußerte im Umweltausschuss, dass der Antrag nicht viel bewegen wird. Der Klimaschutz ist ein vorrangiges Handlungsfeld der Bayerischen Staatsregierung. Seit 2008 werden rund eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Mit rund 6 Tonnen energiebedingtem CO_2-Ausstoß pro Kopf und Jahr zählt Bayern heute zu den fortschrittlichsten Industrieländern. Im Vergleich dazu liegt der Bundesdurchschnitt bei rund 9 Tonnen, und die USA liegen bei rund 16 Tonnen im Jahr.

Ihre Vorbildfunktion, die von den FREIEN WÄHLERN so stark vermisst wird, baut die Staatsregierung mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 weiter aus. Für diese Zwecke werden im Doppelhaushalt 2015/2016 170 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dieses Maßnahmenpaket ergänzt unsere bewährte Dreifachstrategie aus Reduktion, Anpassung und Forschung. Oberstes Ziel ist es, die Treibhausgasemission in Bayern bis 2050 auf weniger als zwei Tonnen zu reduzieren.

Neue Verwaltungsgebäude werden daher in der Regel auf der Grundlage des Passivhausstandards gebaut. Einzelne Neubaumaßnahmen für ausgewählte Sonderbauten, beispielsweise für Museen, werden in Abstimmung mit den zuständigen Ressorts als Pilotmaßnahme im Passivhausstandard durchgeführt und wissenschaftlich begleitet. Ich habe gerade aufgezeigt: In Straubing gibt es einen Neubau, für den heuer der Spatenstich erfolgen wird. Es ist das Beratungs-und Informationszentrum, das im Passivhausstil gebaut wird. Alle anderen Maßnahmen im Neubaubestand unterschreiten die gesetzlichen Standardanforderungen um mindestens 30 %.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Und die Altbauten?)

An dieser Stelle möchte ich auf den Energiebericht der Hochbauverwaltung vom November 2015 verweisen. Dort wird als Beispiel aufgeführt, dass die Leistung der Biomasseheizungen, die 1996 1 Megawatt betrug, im Jahr 2013 auf 13 Megawatt gesteigert wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auch die Zahl der staatseigenen Photovoltaikanlagen hat erheblich zugenommen. Waren es im Jahr 1996 noch 500 Quadratmeter Kollektorfläche, konnte im Jahr 2013 schon auf 16.000 Quadratmetern Kollektorfläche Energie aus Sonne erzeugt werden.

Überzeugendes und vorbildliches Engagement zeigt Bayern auch bei der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude und beim Einsatz erneuerbarer Energien im staatlichen Hochbau sowie bei der Lieferung von ökologischem Strom für staatliche Liegenschaften. Darüber hinaus finanziert die Staatsregierung konkrete Einzelmaßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Bayern. Außerdem investiert sie in die Holzverwendung und in nachwachsende Rohstoffe. Betrachten wir die weltweiten, bundesweiten und bayernweiten CO_2-Emmissionen der letzten 20 Jahre und deren Relation zueinander, dann wird deutlich, dass dieser Antrag der FREIEN WÄHLER Millionen Euro verschlingen würde, de facto aber nur ganz wenig bewirken würde. Dies gilt zumal angesichts der weltweiten Verhältnisse. Er bliebe so gut wie wirkungslos. Den Antrag der FREIEN WÄHLER lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hans Ritt, ich darf Ihnen zurufen: Es reicht eben nicht! Es reicht nicht, was getan wird. Sollte nämlich die

Erderwärmung bis 2030 nicht gestoppt werden, könnte sich die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen bis dato um 100 Millionen erhöhen. Das ist die Einschätzung der Weltbank, nicht meine. Bereits heute vernichtet der Wandel unseres Klimas die Lebensgrundlage einer Vielzahl von Menschen in den ärmsten Regionen unserer Welt. Der Klimawandel gilt künftig als globale Fluchtursache Nummer eins. Ich darf dazu etwas vorlesen: Der Bürgerkrieg in Syrien begann 2011. Vorher litt das Land unter einer fünfjährigen Dürre, der schlimmsten seit Jahrhunderten. Die Folgen waren Landflucht und wirtschaftliche Not. Beides wird von Kennern als Mitursache für den Bürgerkrieg genannt. Die Bevölkerung antwortete mit einer der größten Massenfluchten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Klimawandel macht selbstverständlich auch keinen Halt vor Landesgrenzen. Seine Auswirkungen sind bereits heute im Freistaat, in unserer Heimat, zu beobachten. Das Klima hat sich im Laufe des letzten Jahrhunderts auch bei uns spürbar verändert. Herr Kollege Ritt, haben Sie ihrer Ministerin nicht zugehört, als sie ihren Bericht über das Klima in Bayern abgegeben hat? Waren Sie da nicht anwesend? Haben Sie das nicht gehört?

(Hans Ritt (CSU): Doch!)

Im bayerischen Alpenraum beispielsweise lag die Erwärmung in den letzten 100 Jahren doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt, nämlich bei 0,7 Grad. Als Folge des Klimawandels ist bayernweit mit einer Zunahme der Trockentage im Sommer sowie einer Zunahme der Niederschlagsmenge im Winter zu rechnen. Lesen Sie doch nach, was Ihre Ministerin hier gesagt hat, und verbreiten Sie nicht diese Weichmacherpolitik!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Der Klimawandel bedroht auch die bayerischen Gletscher. Seit dem 19. Jahrhundert haben sie rund 75 % an Fläche verloren. Auch in Bayern kündigt sich der Klimawandel an, und zwar mit drastischen Auswirkungen: Ernteausfälle, Erosion, Überschwemmungen. All dies sind die Ergebnisse versäumter Klimaschutzanstrengungen. Nur mit

Weitblick und mit einer langfristigen Zielsetzung kann dieses Generationen umfassende Problem gelöst werden. Ein rechtzeitiger Eingriff reduziert die späteren Folgekosten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin Scharf hat in der Überschrift zu ihrer Regierungserklärung im Dezember des vergangenen Jahres Bayern als einen Treiber der internationalen Klimapolitik hochstilisiert mit den starken Worten: Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit. Sie hat diese Worte herausgegriffen aus der Umweltenzyklika von Papst Franziskus. So hat Frau Scharf den Freistaat beschrieben. Zweifelsfrei die richtigen Worte für unser schönes Bayern! Frau Scharf kann sich selbst und die CSU damit aber definitiv nicht gemeint haben. Ich sage hier deutlich: Der CSU fehlt es an Mut, an Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ehrlichkeit!)

Wieso lehnt denn die CSU diesen Antrag der FREIEN WÄHLER ab, der durchaus eine positive Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bewirkt? Lieber Herr Kollege Hans Ritt, dieser Antrag könnte durchaus als Schritt in die richtige Richtung verstanden werden. Wenn Sie keine Bilanz ziehen, wie wollen Sie dann eigentlich Ihre angeblichen Erfolge draußen beweisen? Sie müssen doch eine Bilanz erstellen. Kommen Sie endlich von Ihrem hohen Ross herunter. Arbeiten Sie endlich mit, bewegen Sie sich!

(Beifall bei der SPD)

Warum verweigern Sie sich dem geforderten ökologischen Fußabdruck für die bayerische Staatsverwaltung?

(Hans Ritt (CSU): Ich habe meinen vorgestellt!)

Sie wollen doch beweisen, dass Sie etwas tun; dann beweisen Sie es doch, indem Sie Ihre Ergebnisse vorlegen. Übrigens ist das bei Firmen überhaupt kein Problem. Eine Firma kann das. Wir fordern das sogar. Also bitte etwas mehr Elan! Der Grund dafür,

dass Sie das nicht wollen, könnte sein, dass Bayern bisher nicht so vorbildlich ist, wie die CSU und die Staatsregierung das immer behaupten. Lediglich 0,7 % aller staatlichen Gebäude in Bayern sind energetisch saniert. 0,7 %! Die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien stockt. Das wird besonders bei dem Ausbau der bayerischen Windkraft sichtbar. Ich bedanke mich deshalb ganz herzlich bei Natascha Kohnen und Annette Karl, bei unseren Spitzenfrauen, die vorne stehen und der Windkraft Bahn ebnen, damit es in Bayern weitergeht.

(Beifall bei der SPD)

Ich danke auch meiner Fraktion und dem Bund Naturschutz, dem Landesbund für Vogelschutz und dem Alpenverein. Ich danke unseren Landwirten, dass sie sich für unsere Natur einsetzen.

Übrigens noch eine kleine Zahl: Zwischen 1993 und 2012 hat sich der Schadstoffausstoß des bayerischen Luftverkehrs um 300 % erhöht. Was die Elektromobilität anbelangt, so sind die Dienstfahrzeuge unserer Landesregierung mit Abstand die dreckigsten. Da meine ich jetzt nicht die Autos, nicht dass die Fahrer schimpfen. Ich beziehe mich auf die Energie und auf die Umweltverschmutzung, und in dieser Beziehung sind diese Fahrzeuge die dreckigsten. Herr Kollege Ritt, nicht jeder hat die Möglichkeit, sich ein Auto in der Größenordnung zu kaufen wie Sie. Ich freue mich, dass Sie Ihr Geld für den Umweltschutz einsetzen. Wenn ich einmal so viel Geld habe, mache ich das auch. Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an der rot-grünen Bundesregierung: Die hat ein 100.000-Dächer-Programm für die Photovoltaikanlagen aufgelegt. Damals ist da etwas vorangegangen, und das fordern wir auch von Ihnen!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Was noch erklärt worden ist – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, schauen Sie auf die Uhr!

Harry Scheuenstuhl (SPD): Jawohl, danke.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie bekommen noch zwei Minuten; denn Herr Ritt hat eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Dann mache ich Schluss.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Dann machen Sie Schluss.

(Allgemeine Heiterkeit)

Also, Herr Ritt, Sie sind dran. Gehen Sie bitte an das Mikrofon.

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, es ist ja alles recht nett, was Sie aufgezeigt haben, aber Sie haben keine Perspektiven aufgezeigt. Ich darf Ihnen anhand von sechs Zahlen darstellen, dass es nicht viel bezwecken wird – ich will nicht sagen, dass es sinnlos ist –, wenn wir tun, was Sie sagen. 1990 ist das Basisjahr für die Klimapolitik; das wurde beim Weltklimagipfel 1993 in Rio festgelegt. 1990 betrug der weltweite CO_2-Ausstoß 20,9 Milliarden Tonnen. Im Jahr 2015 lag er bei 38 Milliarden Tonnen. Deutschland hatte 1990 1,2 Milliarden Tonnen, im Jahr 2015 circa 800 Millionen Tonnen. In Deutschland ist also eine Reduktion feststellbar. Nun nehmen wir einmal die bayerischen Zahlen dazu. Im Jahr 1990 lagen wir bei 84 Millionen Tonnen, im Jahr 2015 sind wir bei 60 oder 62 Millionen Tonnen angelangt.

Sie sehen, die Welt macht etwas anders als wir in Deutschland und in Bayern.

Die weltweite Entwicklung geht in eine andere Richtung, als es in Bayern der Fall ist. Wenn wir heute im Hohen Hause den Beschluss fassten, in Bayern gar nichts mehr zu machen, hätten wir genau 64 Millionen Tonnen CO_2 gespart. Die Welt entwickelt sich anders. Ein Euro in Bayern investiert, bringt in anderen Ländern die zehn- bis fünfzigfache CO_2-Einsparung.

(Beifall bei der CSU)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Kollege Ritt, danke sehr für diese Zahlenspielerei. Es ist allerdings bekannt, dass Bayern nicht der Nabel der Welt ist, auch wenn wir angeblich

der Vorhof zum Paradies sind. Aber anscheinend sind wir das dann doch nicht ganz. Sie müssen sich einmal die Ergebnisse ansehen, die Ihre eigene Ministerin verkündet. Sie stellt fest, dass sich die Jahreszeiten verschieben. Die Vegetationsperioden sind in den letzten 50 Jahren um 26 Tage länger geworden. Die Ministerin warnt vor Allergikern.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Nicht vor Allergikern, sondern sie warnt die Allergiker, dass es immer mehr Pollen gibt. So weit geht sie also. Außerdem sagt sie noch, dass sich in Bayern die Luft deutlich stärker als gedacht, nämlich um 4,5 Grad Celsius, erwärmt. Bereits heute gibt es sieben bis neun Tage weniger Schneebedeckung; bis zum Jahre 2060 rechnet sie mit einem Rückgang der Schneebedeckung von bis zu 60 Tagen.

Worauf wollen Sie noch warten? Das ist eine ähnliche Frage wie bei der Atomkraft. Was hilft es der übrigen Welt, wenn in Bayern und Deutschland die Atomkraftwerke abgeschaltet werden? Solche Argumente zählen nicht. Vielmehr sind Vorbilder wichtig. Die muss es geben, wie den Kollegen Ritt mit seinem Auto, das ich zwar auch gerne hätte, aber mir nicht leisten kann.

(Zurufe von der CSU)

Auf diesem Gebiet wäre eine entsprechende Förderung wichtig, Kollege Ritt. Ich sage nur: Die Tat ist das Maß des politischen Erfolgs.

Wenn wir heute den anderen Ländern in dieser Welt beweisen, dass wir Vorbild bei der Windkraft sind, dass wir eine tolle Photovoltaik haben und dass wir insgesamt bei der Energieeinsparung vorbildlich sind, dann können wir unseren Kindern eine intakte Welt hinterlassen. Darum geht es doch. Also bewegen Sie sich und heben Sie Ihre Hand zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben weitere Zwischenbemerkungen zu Ihrem Beitrag. Der Kollege Streibl hat das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte aus meinem örtlichen Bezug dazu etwas sagen. Vor einem Jahr hatten wir in Elmau den G-7-Gipfel, auf dem die Dekarbonisierung beschlossen wurde. Diesen Beschluss sollten wir uns in Bayern zu eigen machen, zumal ja oft gefragt wird, wer in Deutschland der Motor ist. Das ist doch Bayern. Wir zahlen den größten Anteil im Länderfinanzausgleich. Wo also wäre Deutschland, wenn es Bayern nicht gäbe?

In dieser Folge kann man weiter fortfahren und fragen, wo wäre Europa, wenn Deutschland nicht wäre, und wo wäre die Welt, wenn Europa nicht wäre. Unter diesem Aspekt ist Bayern in gewisser Weise durchaus ein Motor in dieser Welt. Diese Motorfunktion sollten wir pflegen. Denn wir in Bayern haben die innovativen Geister, die eine Energiewende und eine Dekarbonisierung hinbekommen können. Wir haben die Unternehmen, die das Ganze stemmen können, und wir haben auch die finanziellen Mittel dazu. Vor dieser Kulisse könnten wir Spitzenreiter auf diesem Planeten sein. Wir könnten eine Technologie entwickeln, die zum Exportschlager werden könnte. Wir könnten hier Zukunft gestalten, wenn es die Staatsregierung denn wollte.

Vorgänger in dieser Staatsregierung wollten das und haben Bayern von einem Agrarstaat in einen modernen Technologiestaat umgestaltet. Das ist das, was wir heute von der jetzigen Staatsregierung erwarten, dass sie nämlich diesen Weg weitergeht und alle Möglichkeiten voranbringt, statt sich auf ihrem Erbe auszuruhen und die Zukunft zu verschlafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Dem kann ich mich durchaus anschließen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das war keine Frage!)

– Das habe ich schon mitgekriegt, aber ich habe noch zwei Minuten Redezeit.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Wortwahl, lieber Kollege. Das ist genau das, was Sie in Ihrem Antrag formuliert haben. Bayern soll damit sowohl ökologisch als auch ökonomisch profitieren. Es gibt viele Bereiche, in denen Bayern besonders gut dasteht. Ich nenne nur die Windkraft. Aber das gilt nur dann, wenn wir die Windkraft jetzt nicht komplett zerstören. Denn dann müssten auch in meiner Gegend Leute entlassen werden. Auch wenn die 10-H-Regelung sehr umstritten ist, sollten wir nicht daran vorbeigehen, da die Aufträge sehr stark zurückgegangen sind.

Und nun zu dem Argument, dass das zu teuer sei. Gerade die Windkraft ist ein Bereich, in dem wir vorangegangen sind mit einem Windkraftbeschleunigungserlass des Herrn Söder, der heute leider nichts mehr davon wissen will.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist doch nichts Negatives, etwas für die Zukunft unserer Kinder zu wagen, indem wir hier bestimmte Pflöcke einschlagen.

Bis zum Jahre 2050 wollen wir 85 bis 90 % der Energie für die Wärmeerzeugung, des Verbrauchs in der Industrie oder auch des Verkehrs ersetzen. Und da sind wir nicht einmal bei einem so kleinen Schritt einig – ich wiederhole mich – zu sagen, dass man ein ökologisch funktionierendes Auto kaufen sollte. Dass das mehr Geld kostet, ist klar, Herr Ritt. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Wenn sich nun ein Minister hinstellte und sagte, mit einem solchen Auto fahre ich gut, und jedem erzählte, wie das alles passt, könnten wir doch zu Recht alle stolz auf unseren Fortschritt sein. Deshalb mein großer Dank an alle Mitstreiter, die vorangehen wollen und sich nicht als Bremser betätigen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächster Redner ist der Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Paris markiert einen Meilenstein, der uns eigentlich alle zur Umkehr bewegen müsste. Das 2-Grad-Ziel bzw. das 1,5-Grad-Ziel steht im Raum. Wir müssen es ernst nehmen. Leider gibt es bei der Bayerischen Staatsregierung keinerlei Reaktion auf diesen wegweisenden Beschluss. Wir stehen damit in Bayern schlecht da, Herr Ritt, auch wenn Sie sagen, sechs Tonnen seien akzeptabel. Wir stehen schlecht da.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch eine Zahl korrigieren. Im Jahre 2014 waren es nicht 62 Millionen Tonnen, vielmehr waren es im Jahre 2012 – das sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes – 78 Millionen Tonnen CO_2-Emissionen in Bayern. 22 Jahre davor waren wir bei 84 Millionen Tonnen. Das heißt, wir haben in einem Zeitraum von 22 Jahren lediglich 6 Millionen Tonnen eingespart. Jetzt geht es darum, dass wir in den Jahren bis 2020 auf 50 Millionen Tonnen kommen müssen. Das heißt, wir müssen in diesem Zeitraum 28 Millionen Tonnen einsparen.

Und wenn Sie das sehen, dieses Verhältnis, dann ist klar: So werden wir nicht vorankommen. Der Klimaschutz in Bayern wäre zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Opposition kann Sie nicht immer zum Jagen tragen. Bei den 10-H-Verhandlungen haben wir uns mit vollem Einsatz dafür stark gemacht, dass der Klimaschutz in Bayern vorankommt. Aber wenn Sie sich nun komplett dagegen sträuben, werden wir das nicht schaffen. Wir brauchen von Ihnen klare Vorgaben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Scheuenstuhl hat es vorhin angesprochen. Solche Kleinigkeiten wie eine Klimabilanz für das Hohe Haus müssen doch machbar sein. Es ist doch kein großer bürokratischer Aufwand. Wir haben Dienstreisen, die sowieso schon dokumentiert sind, und wir kennen den Wärmeverbrauch unserer Gebäude. Was spricht dann dagegen, das Ganze zu bilanzieren und hier im Hohen Hause vorzustellen.

Herr Ritt, Sie haben sich hier mit stolzer Brust hingestellt und gesagt, wir machen doch so viel. Reden Sie doch davon, sagen Sie doch, was Sie tun, sagen Sie zum Beispiel, wir bauen nur noch Passivhäuser.

(Hans Ritt (CSU): Zu teuer!)

Das würde in den Landratsämtern und in den Kommunen sehr gut ankommen, wenn die Staatsregierung klar sagte, das Ziel seien nur noch Passivhäuser; nichts anderes kommt mehr in die Tüte. Tun Sie es doch! Warum tun Sie es nicht? Wenn Sie schon einmal etwas richtig machen, sagen Sie es doch laut.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Ritt (CSU): Tun wir doch!)

In vielen Bereichen müssen wir einfach gedanklich umsteuern.Es kann nicht sein, dass die Umweltministerin hier Investitionen tätigt und im Haushalt Mittel eingestellt werden, die anderen Ministerien das aber mit ihren Hintern – wenn ich das so sagen darf – wieder einreißen. Das sehen wir momentan bei der Staatsregierung. Es gibt durchaus Initiativen für mehr Klimaschutz; aber gleichzeitig haben wir Subventionen für Schneekanonen, haben wir Gewerbegebiete, haben wir die Lockerung des Anbindegebots, haben wir dieses und jenes. So wird es nicht funktionieren. Es ist bezeichnend, dass nur noch eine Ministerin da ist. Der Bildungsminister und der Landwirtschaftsminister sind auch noch anwesend. Aber die Umweltministerin wird bei diesem Thema allein gelassen.

Wir müssen in diesem Bereich viel mehr tun. Dieser Antrag von den FREIEN WÄHLERN geht in die richtige Richtung. Es ist richtig, eine Klimabilanz zu erstellen. Wir

müssen sehen, wo wir heute stehen. Wir müssen eine Bestandsaufnahme durchführen, um herauszufinden, wo die Potenziale liegen und was geeignete Maßnahmen sind. Was können wir umsetzen, um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands zu erreichen? Wie können wir bei den Zielen in den anderen Bereichen, bei Wärme, Strom und Mobilität, vorankommen?

Ich nenne eine letzte Zahl. Wir haben, wie gesagt, im Jahr 2012 energiebedingt 78 Millionen Tonnen an CO_2-Emissionen. Überhaupt noch nicht bilanziert sind – da schaue ich jetzt zum Landwirtschaftsminister hinüber – die Emissionen aus der Landwirtschaft. Das sind 23 Millionen Tonnen. Wenn man das zusammenzählt, kann man sagen, dass es jedes Jahr 100 Millionen Tonnen an CO_2-Emissionen in Bayern gibt. Das ist viel zu viel. Wir müssen auf 50 Millionen Tonnen runter. Das sind Hausaufgaben. Bitte machen Sie jetzt endlich Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Stümpfig. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, heute Morgen hatte ich das Vergnügen, beim Frühstücken Ihre Stimme im Radio zu hören, und musste dort schon feststellen, dass Ihre Wahrnehmung der Realität etwas undurchsichtig ist.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist fast ein Lob!)

Durch die Aufzählung Ihrer Punkte entsteht ein vollkommen falscher Eindruck, weil Sie gar nicht darauf eingegangen sind, wie viel der Freistaat Bayern im Bereich des Klimaschutzes schon geleistet hat. Sie sind von sich aus auf die erneuerbaren Energien eingegangen, und Sie werden mir nicht widersprechen können, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien nach wie vor sehr weit vorne liegt, sogar auf den Spitzenplätzen, was die Umsetzung betrifft. Sie sind vorhin kurz auf die 10-H-Regelung eingegangen.

Ich werde diesen Kalauer nicht loswerden und Sie nicht wieder fragen: Erklären Sie mir doch die 10-H-Regel und das Problem, das damit verbunden ist.

Ich möchte Ihre Darstellung ein Stück weit in Abrede stellen. Ich habe gerade versucht, mich daran zu erinnern, was wir letzte Woche hier im Haus besprochen haben. Ihr Kollege, der Herr Hartmann, hat einen Antrag gestellt, der genau das Gegenteil von dem darstellt, was Sie hier versucht haben, uns weiszumachen, und der zu einer Erhöhung der CO_2-Emissionen durch Braunkohlekraftwerke führen würde, die ans Netz gehen müssten, weil Sie eine neue Energiepolitik verfolgen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Gaskraftwerke!)

Das war der eine Punkt. – Ich komme zum zweiten Punkt. Ich möchte nachfragen, weil Sie den Blick in Richtung Landwirtschaftsminister gerichtet haben. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Kühe abschaffen wollen?

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die schafft ihr ab mit eurem niedrigen Milchpreis!)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kirchner. – Während Sie noch frühstücken, arbeiten wir schon, wenn ich das sagen darf.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Um 5.30 Uhr gab ich heute Morgen das erste Interview. So ist die Opposition in Bayern, und Sie verschlafen das Ganze. Sie verschlafen den Klimaschutz, und Sie verschlafen unsere Führungsposition bei den erneuerbaren Energien. Sie müssen sich die neuen Zahlen besorgen. Wir sind schon lange nicht mehr Spitzenreiter. Wir sind schon lange nicht mehr vorne. Wir haben Bundesländer, die bei 80 % Eigenanteildeckung liegen. Wir haben Bundesländer, die im Bereich Windkraft so weit vorne sind, dass wir sie nie mehr erreichen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU) – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie ruhen sich auf Ihren alten Lorbeeren aus. Die Wasserkraftwerke gab es bereits vor der CSU. Es wird sie noch geben, wenn es Sie nicht mehr gibt. Das sind immer diese alten Kamellen.

Ich komme noch kurz zur 10-H-Regelung von heute Morgen. Im Protokoll des Verfassungsgerichts können Sie sicherlich nachlesen, dass es eine sehr detaillierte Diskussion war. Man wurde gehört. Es wurde ernsthaft diskutiert. Es wurden nicht nur pauschale Aussagen getroffen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir das gewinnen werden; denn die Staatsregierung konnte nicht darlegen, warum gerade "10".

(Widerspruch des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Es ist alles aus der Hüfte geschossen. Es kam keine Begründung. Herr Heike, es gab heute Morgen wenig Substanzielles von der Staatsregierung.

(Jürgen W. Heike (CSU): So ein Unsinn!)

So gesehen sind wir bei diesem Prozess sehr zuversichtlich.

(Widerspruch des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Ich komme noch mal zum Thema Atomkraftwerke: Wir wollen raus aus der Atomkraft.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir wollen raus aus der Atomkraft. Wir wollen keine Braunkohlekraftwerke. Um all dies zu erreichen, brauchen wir die richtigen Säulen: mehr Photovoltaik, mehr Wind. Sie sind in der Bundesregierung, in der Großen Koalition.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Momentan sind die Abstimmungen zum EEG. Tun Sie alles dafür, damit wir die Energiewende in Bürgerhand in Bayern noch umsetzen können; denn momentan sieht es nicht danach aus. Das ist momentan Ihr Auftrag.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das ist Ihr Auftrag, dass Sie sich dafür in der Bundesregierung engagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich komme jetzt zurück zur namentlichen Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5. Das ist die Drucksache 17/9207, "Verwaltungskostenmehraufwand bei Wiedereinführung des Sachleistungsvorrangs". – Fünf Minuten. Wir eröffnen die Abstimmung.

Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 16.36 bis 16.41 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Plenarsaales aus.